

Vorsitzende Francisco Viana, der assistierende Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MOFTEC) He Xiaowei und CCPIT-Präsident Yu Xiaosong sprachen. Macau, so Francis Tam, werde ein Bindeglied zwischen dem chinesischen Festland und den sieben Mitgliedern der „Gemeinschaft“ bleiben, und in seiner Rolle als internationales Geschäftszentrum weiter gestärkt werden. He Xiaowei betonte, China werde Macau zu einer Transferstation und einem Zentrum für den Austausch von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und den portugiesischsprachigen Ländern machen. 1999 betrug Chinas Handelsvolumen mit der „Gemeinschaft“ nur 2,5 Mrd. US\$, und auch der Investitionsumfang blieb klein. (SCMP, 11.4.00; XNA, 15.4.00) -ljk-

#### 44 Neue Funktion der Bank of China in Macau

Von Mai diesen Jahres an wird die Zweigstelle der Bank of China in Macau neben der Zweigstelle der portugiesischen Banco Nacional Ultramarino in Macau als Kassierer des Finanzministeriums (cashier of the Treasury) fungieren. Dies sieht eine vor kurzem von Regierungschef Edmund Ho erlassene Verordnung vor. Die entsprechenden Verträge unterzeichnete Wirtschafts- und Finanzsekretär Francis Tam Pak Un am 28. April mit den Generaldirektoren der beiden Banken, Zhu Chi und Herculano J. Sousa. Die portugiesische Bank ist bisher der einzige Kassierer gewesen. Nach einer von der Gemeinsamen Sino-Portugiesischen Verbindungsgruppe unterzeichneten Gesprächszusammenfassung vom Juli 1994 sollte die Regierung der SVR Macau das Recht haben zu entscheiden, ob die Banco Nacional Ultramarino weiterhin als Kassierer des Finanzministeriums von Macau auftritt. Edmund Ho hatte nach seinem Amtsantritt letzten Dezember eine Arbeitsgruppe zum Studium der Kassiererfunktion des Finanzministeriums eingesetzt. (XNA, 28.4.00) -ljk-

## Taiwan

### 45 Nationalversammlung setzt Parteienbeschluss zur Selbstauflösung um

Wie von den zwei großen Parteien KMT (Nationale Volkspartei) und DPP (Demokratische Fortschrittspartei) sowie der kleineren New Party zuvor vereinbart, beschloss die Nationalversammlung am 24. April mit der dritten Lesung eines entsprechenden Gesetzes ihre eigene Abschaffung. Damit wird dieses für Verfassungsfragen zuständige Zweitparlament in Zukunft nicht mehr wie bisher regelmäßig gewählt, sondern vom eigentlichen Parlament, dem Legislativ-Yuan, nur noch im Bedarfsfall berufen. Das so konstituierte Ad-hoc-Gremium wird in seiner Amtszeit jeweils auf maximal einen Monat begrenzt sein. Die derzeitige Nationalversammlung bleibt noch bis zum Ende ihrer Legislaturperiode am 19. Mai im Amt. In Umsetzung eines höchstrichterlichen Urteils nahm die Nationalversammlung ihren eigenen Beschluss vom letzten Herbst zur Verlängerung ihrer Amtszeit bis Ende Juni 2002 zurück. (CNAT, nach SWB, 26.4.00 und 27.4.00; vgl. C.a., 2000/3, Ü 47)

Obwohl die Entscheidung zur Selbstabschaffung nach Lage der Dinge nie gefährdet war, war sie unter den Delegierten nicht unumstritten. Dem Vernehmen nach übten die Parteien einigen Druck auf widerspenstige Fraktionsmitglieder aus. Nennenswerte Opposition kam jedoch nur von der neugegründeten Partei des KMT-Abtrünnigen James Soong, der PFP, die durch einige KMT-Überläufer in der Nationalversammlung vertreten war und sich von einer Neuwahl eine stärkere Stellung erhoffte. Das Votum fiel schließlich mit 291 gegen 8 Stimmen sehr eindeutig aus. (Auseinander. taiwanheadlines.gov.tw, 25.4.00)

Mit der Abschaffung der Nationalversammlung hat sich Taiwan eines verfassungsrechtlichen Kuriosums und eines letzten Relikts aus der Bürgerkriegsära entledigt. Dass die Nationalversammlung aus verfassungssys-

tematischer Sicht überflüssig und ein kostspieliger Luxus war, war auch in Taiwan seit Jahren im Prinzip unbestritten. Bei ihrer Gründung im Jahr 1947 hatte die Nationalversammlung als Hauptaufgabe die Wahl des chinesischen Staatspräsidenten gehabt. Nach der Flucht der Regierung nach Taiwan übte das Gremium unter dem herrschenden Kriegsrecht jedoch faktische keine Macht aus, und da keine Neuwahlen stattfanden, vergreiste es in beängstigendem Maße. Eine Renaissance erlebte die Nationalversammlung 1991, als sie erstmals nach ihrer Gründung neu und demokratisch gewählt wurde. Diese 2. Nationalversammlung beschloss 1994 die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk und verzichtete damit bereits auf einen wesentlichen Teil ihrer Macht. Mit dem Aufbau eines demokratisch gewählten Parlaments, des Legislativ-Yuan, machte sich die Nationalversammlung schließlich selbst überflüssig. -hws-

### 46 Zukünftiger Ministerpräsident und Mehrparteienkabinett nominiert

Der designierte Ministerpräsident Chen Shui-bian bereitete sich im April auf seine Amtsübernahme am 20. Mai vor. Die spektakulärste Nachricht in diesem Zusammenhang kam Anfang des Monats, als die regierende Nationale Volkspartei KMT dem derzeitigen Verteidigungsminister Tang Fei gestattete, Chens Wunsch gemäß das neue Kabinett als Ministerpräsident zu leiten. Amtsantritt der neuen Regierungsmannschaft ist ebenfalls der 20. Mai.

Angesichts der Tatsache, dass Chen als Mitglied der Demokratischen Fortschrittspartei DPP in der Legislative einer KMT-Mehrheit gegenübersteht, sowie zur Stärkung seiner Stellung gegenüber dem KMT-beherrschten Militär und gegenüber China, hatte Chen bereits Ende März Verteidigungsminister Tang Fei, ein KMT-Mitglied, als Kandidaten seiner Wahl für das Amt des zukünftigen Ministerpräsidenten bekannt gegeben. Tang machte seine Zustimmung zur Übernahme dieses Postens von der Zustimmung seiner Partei abhängig. (Taipei Times, Internetausgabe, 30.3.00) Chens Vor-

schlag überraschte nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die KMT, deren Führung sich auf keine klare Linie einigen konnte. Ihre Aufforderung, mit der KMT in reguläre Koalitionsverhandlungen einzutreten, wurde von Chen abgelehnt: Er selbst lasse seine Parteiaktivitäten ruhen und strebe die Bildung eines parteiübergreifenden Kabinetts an. Die nationale Politik solle nicht von den Parteien bestimmt werden, erklärte er. (Chung-Kuo Shih-Pao [Zhongguo Shibao], Taipei, Internet-Ausgabe, nach SWB, 1.4.00) Daraufhin kam es in der Parteiführung der KMT offenbar zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten, die eine Willensbildung blockierten. (SCMP, Internet-Ausgabe, 1.4.00) Um einer weiteren Schädigung ihres lädierten Ansehens in der Öffentlichkeit vorzubeugen, erteilte die KMT schließlich doch noch ihr Placet unter der Bedingung, dass Tang Fei seines Amtes nicht in seiner Funktion als KMT-Mitglied walte und alle Parteiaktivitäten suspendiere. Die Partei werde Tangs Entscheidungen als Ministerpräsident weder pauschal unterstützen noch dafür Verantwortung tragen. (CNAT, nach SWB, 6.4. und 11.4.00) Ein analoger Grundsatz wurde für weitere eventuell für die Regierung nominierte KMT-Mitglieder beschlossen. (CNAT, nach SWB, 7.4.00)

Tang selbst erklärte seinen Willen, mit Chen zusammenzuarbeiten. Die Bereitschaft, Kompromisse zu schließen, sei ein wesentliches Merkmal der Demokratie. Im Falle, dass er anderer Meinung sei als Chen, werde er sich diesem als dem Staatsoberhaupt unterordnen. (CNAT, nach SWB, 8.4.00)

In den folgenden Wochen bis Ende April nominierte Tang in Absprache mit Chen die neuen Amtsinhaber für rund 40 neue Posten. Als wichtige zukünftige Regierungsmitglieder sind zu nennen

- Yu Shyi-kun (You Xikun), bislang Generalsekretär der DPP, als Vizepremier,
- Wu Shih-wen (Wu Shiwen), KMT-Mitglied, bislang Stellvertreter der Verteidigungsminister, übernimmt das Verteidigungsministerium,
- Tien Hung-mao (Tian Hong-mao), bislang Direktor des

Forschungsinstituts für Staatspolitik, wird Außenminister,

- Chen Ting-nan (Chen Dingnan), Mitglied der DPP-Fraktion im Legislativ-Yuan, wird Justizminister und damit für den Kampf gegen die Korruption zuständig.
- Als spektakulärste Nominierung gilt die der parteilosen Bürgermeisterin von Jiayi, Chang Poya (Zhang Boya), als Innenministerin.

(CNAT, nach SWB, 15.4. und 17.4.00; SCMP, Internetausgabe, 19.4.00)

Insgesamt wird nur eine Minderheit des Kabinetts der DPP als der Partei des kommenden Staatspräsidenten angehören. Chen Shui-bians Ziel, ein Viertel der Posten mit Frauen zu besetzen, wird nicht ganz erreicht. Einer Anfang Mai veröffentlichten Übersicht zufolge werden unter 42 Personen auf Ministerrang neun Frauen sein. (LHB, 1.5.00)

Der glatte Verlauf der Nominierung fachlich kompetenter und angesehener Mitglieder für die zukünftige Regierung spricht für ein gutes Funktionieren der neuen „Doppelspitze“ aus Staatspräsident und Premier. Allgemein wird ein reibungsloser Ablauf des Machtwechsels erwartet.

Die gute Figur, die Chen Shui-bian bereits vor seinem Amtsantritt macht, schlug sich bereits einen Monat nach dem Wahltermin in einer wachsenden Zustimmung in der Öffentlichkeit nieder. Bei einer Umfrage unter 1.155 über 20-jährigen Bürgern am 15.4. erklärten 67 Prozent, sie seien mit Chens Politik zufrieden. Selbst unter den nicht auf Taiwan Geborenen, die traditionell erklärte Gegner der unabhängigkeitsorientierten DPP sind, erreichte Chen eine Zustimmungquote von über 50 Prozent. (ZYRB, Internetausgabe, nach SWB, 19.4.00) -hws-

#### **47 Aufsehen erregende Äußerungen der designierten Vizepräsidentin Lü lösen neue Propagandawelle in China aus**

Anfang April erklärte die designierte Vizepräsidentin Lü in einem Interview mit einem Hongkonger Kabelfernsehsender, Taiwan und China seien „entfernte Verwandte und nahe

Nachbarn“. Die alte Feindschaft zwischen den Kommunisten und der Nationalen Volkspartei KMT sollte als erledigt betrachtet werden, nachdem die KMT nicht mehr die taiwanische Staatsführung stelle. (LHB, 9.4.00; Auseinander.taiwanheadlines.gov.tw, 10.4.00; Taipei Times, Internetausgabe, 8.4.00)

In Beijing wurden die Äußerungen als schlecht verhüllte Wiederauflage des Unabhängigkeitsgedankens gesehen und zum Anlass genommen, die nach der Präsidentenwahl vom 18.3. eingestellte Propagandaschlacht gegen Taiwan wieder aufzunehmen. Die Medien, die mit Invektiven nicht sparten, erklärten, Lüs Aussagen seien „böartige Rhetorik“, sie selbst ein „Abschaum der chinesischen Nation“. (Xinhua, nach SWB, 10.4.00; NZZ und IHT, 10.4.00)

Lüs Äußerungen wurden auch in Taiwan nicht durchweg als sehr hilfreich angesehen. Ihre offene Art, mit der sie sich auch bei anderen Themen profiliert, droht im äußerst sensiblen Bereich der taiwanischen Chinapolitik das betont vorsichtige Vorgehen des designierten Präsidenten Chen Shui-bian zu unterlaufen. Bereits unmittelbar nach der Wahl hatte Chens Wahlkampfteam eine Passage aus Lüs Siegesrede gestrichen, die China zu verärgern drohte. Nachdem Lü sich später darüber beklagte, Chen vollziehe die Kabinettsbildung, ohne sie auch nur zu konsultieren, herrscht der Eindruck vor, dass sie sich mit der Funktionslosigkeit ihres Amtes nicht abfinden will. Das Amt des Vizepräsidenten besteht einzig darin, in Reserve zu stehen für den Fall, dass der Präsident ausfällt. (Taipei Times, Internetausgabe, 6.4. und 9.4.00) Um Annette Lüs Popularität ist es denn auch entsprechend schlecht bestellt: Bei der in der obigen Übersicht erwähnten Umfrage, die für Chen eine Zustimmungquote von 67 Prozent ergab, kam Lü nur auf 31 Prozent. (ZYRB, Internetausgabe, nach SWB, 19.4.00) -hws-

#### 48 Pentagonstudie stellt Taiwans Verteidigungsfähigkeit schlechte Noten aus; kein Verkauf von Aegis-Zerstörer an Taiwan

Taiwan ist im Falle eines Angriffs vom chinesischen Festland stärker verwundbar als bisher angenommen. Dies ist das Fazit einer umfangreichen Studie, die vom amerikanischen Verteidigungsministerium erstellt und Anfang April der Regierung in Taipei zugänglich gemacht wurde. Als Hauptgrund wird Taiwans Isolation angesehen. Die technische Ausrüstung sei daher rückständig. Vor allem die Abwehr von Flugzeugen, ballistischen Geschossen und Marschflugkörpern sei mit zahlreichen Problemen behaftet. Hinzu komme ein geringer Sicherheitsstandard auf den Stützpunkten, scharfe Rivalitäten zwischen den Truppenteilen und mangelnde Ausbildung bei der Bedienung moderner komplexer Waffensysteme. Taiwans Armee weise bei der elektronischen Datenverarbeitung einen Rückstand von mehreren Technologiegenerationen auf. Zwischen den Waffengattungen mangelt es an Softwareintegration. (IHT, 1.4.00)

Die vom Pentagon vorgebrachte Kritik ist nicht völlig neu, zumindest nicht, was die genannten Punkte angeht. Besonders die Luftwaffe ist in der Vergangenheit immer wieder durch Unfälle ins Gerede gekommen und sah sich nach dem fünften Absturz im Laufe des vergangenen Jahres harscher Kritik seitens des Verteidigungsministers ausgesetzt. Nachdem in der Vergangenheit vor allem die Größe der Wehrpflichtigenarmee als wichtiger Faktor für Taiwans Sicherheit galt, wurden nötige Reformen mit dem Ziel, die Ausgaben stärker auf die Verbesserung der Waffentechnik und auf die Ausbildung zu konzentrieren, viel zu spät in Angriff genommen. Erst im Jahr 2005 soll ein laufendes Programm zur Truppenreduzierung und damit zur besseren Ressourcenbündelung abgeschlossen sein. (C.a., 1999/12, Ü 43)

In den USA steht die Pentagonstudie im Zusammenhang mit der kontrovers geführten Debatte um ein stärkeres Engagement für Taiwans Sicherheit und verstärkt den Druck auf die Clinton-Regierung, die eine Verschärfung der Spannungen mit China ver-

meiden möchte. (Vgl. C.a., 2000/2, Ü 45)

In Taiwan nahm Verteidigungsminister Tang Fei die Studie zum Anlass, erneut auf eine stärkere Erhöhung des Verteidigungsbudgets zu dringen, das derzeit nur 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt. Selbst eine Erhöhung auf 3,5 Prozent im nächsten Jahr reiche nicht aus, um die Verteidigungsfähigkeit angesichts der wachsenden Bedrohung ausreichend zu stärken. (CNAT, nach SWB, 3.4.00)

Führende taiwanische Militärs betonten, die Ergebnisse der Studie unterstrichen, wie wichtig der Erwerb von Aegis-Zerstörern sei, da diese mit ihrem hochentwickelten Radarsystem gleichzeitig über hundert anfliegende Geschosse und Raketen ins Visier nehmen können. In den USA mochte man sich dieser Argumentation jedoch offenbar nicht anschließen. Vor allem wohl mit Rücksicht auf die chinapolitischen Konsequenzen entschied die US-Regierung unterdes, Taiwan die gewünschten Zerstörer einstweilen zu verweigern. Auch moderne Diesel-U-Boote sowie zur U-Boot-Abwehr ausgerüstete Flugzeuge werden die USA zunächst nicht an Taiwan liefern. Genehmigt wurde dagegen der Export eines landgestützten Hochleistungsradars sowie von Luft-Boden-Raketen vom Typ Maverick. Der Beschluss, bestimmte Waffen nicht zu liefern, die von Taiwan für verteidigungsrelevant gehalten werden, gilt zunächst für ein Jahr. Bis dahin soll das Pentagon eine weitere Studie zu Taiwans Marine erstellt haben. (IHT, 20.4.00) -hws-